

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Karl Freller, Christian Meißner, Petra Guttenberger** und **Fraktion (CSU)**,

Franz Maget, Franz Schindler, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Harald Güller, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer und **Fraktion (SPD)**,

Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger und **Fraktion (FW)**,

Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Stahl und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**,

Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer und **Fraktion (FDP)**

Entschließung

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ist entsetzt über den gewalttätigen Angriff auf den Chef der Polizeidirektion Passau, Alois Mannichl. Der Landtag spricht ihm und seiner Familie sein Mitgefühl aus, hofft auf baldige vollständige Genesung und erwartet, dass die Ermittlungen zur Überführung des Täters und eventueller Hintermänner mit großem Nachdruck vorangetrieben werden.

Auch wenn die Tat noch nicht aufgeklärt werden konnte, deuten alle Indizien darauf hin, dass es sich bei dem Anschlag um einen rechtsextremistisch motivierten Racheakt gegen einen Polizeibeamten gehandelt hat, der seit Jahren konsequent gegen rechtsextremistische Umtriebe und Gewalt im Raum Passau vorgegangen ist. Der Anschlag offenbart eine neue Dimension rechtsextremistisch motivierter Gewalt und galt nicht nur einem engagierten Polizeibeamten, sondern stellt auch einen Angriff auf den freiheitlichen Rechtsstaat dar.

Rechtsextremismus tritt die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens in unserer Gesellschafts- und Rechtsordnung mit Füßen und muss deshalb mit allen in einer freiheitlichen Demokratie zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden.

Der Landtag ist in großer Sorge darüber, dass es nach den Feststellungen des Landesamtes für Verfassungsschutz ca. 1.100 gewaltbereite Rechtsextremisten in Bayern gibt und dass sich in diesem Jahr allein in der Region Passau die Zahl rechtsextremistischer Straftaten im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat.

Der Landtag dankt den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich seit Jahren engagiert gegen Aktivitäten von Rechtsextremisten wenden ebenso wie den verschiedenen Initiativen im gesellschaftspolitischen, sportlichen und kirchlichen Bereich für ihre bisher geleistete Arbeit. Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, die sich ebenfalls, manchmal – wie vorliegender Fall zeigt – unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens, für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung engagieren. Trotzdem ist es aber bislang nicht gelungen, die Etablierung eines rechtsextremistischen Spektrums in Bayern zu verhindern.

Der Landtag hält es deshalb für dringend erforderlich, die bisherigen Anstrengungen zu verstärken. Die Unterbindung rechtsextremistischer Aktivitäten ist nicht nur Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Sie kann sich nicht in der Ausweitung der Überwachung durch das Landesamt für Verfassungsschutz, in der konsequenten Verfolgung rechtsextremistisch motivierter Straftaten und der raschen Verhängung tat- und schuldangemessener, aber auch spürbarer Strafen erschöpfen, sondern muss mitten in der Gesellschaft mit der Aufklärung über den menschenverachtenden Inhalt rechtsextremistischer Ideologien beginnen. Hierbei sind nicht nur Eltern und Erzieher, die Schulen und Universitäten, die Jugend- und Sportverbände, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen, sondern alle gesellschaftlichen, kirchlichen und sportlichen Organisationen und auch die politischen Parteien und Gruppierungen gefordert.

Der Landtag spricht sich deshalb dafür aus, spätestens bis zum 1. Februar 2009 ein umfassendes Konzept zur Verstärkung der bereits getroffenen Maßnahmen gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu entwickeln, das sowohl präventive als auch repressive Maßnahmen umfasst.

Insbesondere soll hierbei darauf eingegangen werden,

- den Ausstieg von Mitgliedern rechtsextremistischer Organisationen gezielt zu unterstützen und zu begleiten,
- präventive Maßnahmen gegen rechtsextremistische Ideologien auszuweiten und auch stärker zu fördern als in der Vergangenheit,
- alle rechtsstaatlich gebotenen Maßnahmen zu ergreifen, um rechtsextremistische Vereinigungen zu verbieten und auch die Erfolgsaussichten eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens sorgfältig zu prüfen.